

Kriegspropaganda mittels Waffenstillstandsabkommen

Gegen Einmischung in andere Angelegenheiten.

Was soll das: Merkel und Hollande riefen zur Waffenstillstandskonferenz – nicht die Konfliktparteien. Merkel und Hollande sind doch Partei. Sie haben seit Jahren – eher Jahrzehnten – eine Seite in der Ukraine gepuscht, gesponsort, unterstützt und deren Ziele vertreten. Sie haben doch gar kein Mandat, nicht einmal von der EU.

Aber egal, Merkel und Hollande drohen Sanktionen an. Das geschieht vor dem Hintergrund von Drohungen mit Waffenlieferungen der USA an eine Konfliktpartei und damit Ausweitung des Konfliktes zu einem Stellvertreterkrieg Westen gegen Russland.

Glaubwürdig hätte solch eine Verhandlung doch nur werden können, wenn die Konfliktparteien selber den Waffenstillstand angestrebt hätten. Dann hätten die sich einen neutralen Vermittler gesucht. Das wäre mit Sicherheit nicht Merkel oder Hollande gewesen.

Die Konfliktparteien wollen doch noch gar keinen Frieden. Poroschenko hat den Sieg gefordert und von Rache geredet. Die Separatisten glauben stark genug für einen Vormarsch zu sein. Wie soll da ein Waffenstillstand als Vorstufe von Friedensverhandlungen funktionieren? Er wird, wenn überhaupt, nur kurz sein. Und dann nur eingehalten werden, um Nachschub heranzuschaffen, die Streitkräfte neu zu ordnen und sich ein wenig auszuruhen.

Also, was sollte das Theater in Minsk also? Offensichtlich doch nur die weitergehenden Strafmaßnahmen des Westens begründen. Die Lieferung von Waffen an die Kiewer Regierung zu legitimieren. Sie mit noch mehr Geld auszustatten. Und insbesondere, den Beweis zu erbringen, dass Putin und Russland die eigentlichen Drahtzieher und damit Übeltäter seien.

Was wird das für eine schreckliche Außenpolitik, die dauernd mit „gut“ und „böse“ argumentiert. Die bestraft und belobigt, als wäre man Schulmeister – und dabei seine Lieblinge und die Kinder des Rektors anders behandelt als die Kinder der Kohlegruben -Kumpel?

Das ist der Fluch der bösen Tat – sich in fremde Angelegenheiten einzumischen. Alle gehen davon aus, dass „wir“, Deutschland, Europa, der Westen, die NATO oder wer mit „wir“ jeweils gemeint ist, zu den Beziehungen der Ukraine mit Russland etwas zu sagen hätten. Weder war es richtig, dass die USA und ihre Verbündeten so viel Geld und Personen (z.B. auch politische Vereinigungen aus Deutschland mit öffentlichen Mitteln), in die innenpolitischen Angelegenheiten der Ukraine eingebracht haben, noch dass diese Mächte deren Außenpolitik mit bestimmen wollen. Die Ukraine ist kein außenpolitischer Bündnispartner – anders als Polen es vor dem Zweiten Weltkrieg von England und Frankreich war. Die Ukraine ist ohnehin ein ahistorisches Kunstgebilde, das in diesen Grenzen keine historischen und schon gar keine heiligen Weihen hat.

Für das Recht auf Selbstbestimmung wäre es gut gewesen, wenn international überwachte faire Volksabstimmungen auf der Krim und sonst wo abgehalten und gleichzeitig Minderheitenrecht für unterlegene Teile gesichert hätten werden können. Als das vielleicht möglich gewesen wäre und hätte vorgeschlagen werden müssen, da hat das Kiewer Parlament erst einmal Russisch als zweite Amtssprache abgeschafft. Und die Gouverneure nicht von örtlichen Wahlen abhängig gemacht sondern durch Kiew zentralistisch eingesetzt – und dann auch noch Oligarchen, die eigentlich nach den Forderungen des Maidan ganz von der politischen Bildfläche hätten verschwinden sollen. Und der Westen hat die kompromisslose Haltung auch noch unterstützt und angeheizt. Wer glaubt diesen Kräften jetzt noch, dass sie nicht nur Kreide gefressen haben und mögliche Kompromisse sofort wieder zurück nähmen, wenn sie die Macht dazu bekommen?

Jetzt scheint niemand mehr bereit und in der Lage zu sein, solche Wahlen und Abstimmungen anzusetzen und so durchzuführen, dass ihnen irgendjemand traut. Solche eigentlich demokratischen Verfahren würden ja dort nur unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um die Macht und nicht um gute Lebensverhältnisse der Bevölkerung gesehen und durchgeführt werden. Und das in einem als am korruptesten geltenden Land Europa – wie soll das gehen? Die Einheit der Ukraine wird ja geradezu als Monstranz bei jeder Rede vorgetragen, als sei nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also auch das auf Abspaltung, höherrangig.

Der Westen hat seit Jahren, ja Jahrzehnten, sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine massiv eingemischt und bestimmte Richtungen in der Ukrainischen Politik gefördert. Mit den bekannten Ereignissen hat sich dann schließlich eine Mehrheit der Wähler für einen Konflikt mit Russland entschieden. Das haben sie wahrscheinlich im Vertrauen auf die massive Unterstützung durch den Westen gewagt. Die Deutschen trauen sich jedenfalls kaum einen Konflikt mit den USA. Sie lassen sich lieber immer wieder demütigen (z.B. Abhöraffäre, Verschleppung deutscher Staatsbürger ohne Konsequenzen) als ein Aufmucken zu riskieren. Sie wissen, dass die USA seit der Monroe Doktrin in einer unablässigen Folge sich in fremde Angelegenheiten eingemischt und dabei alle internationalen Vereinbarungen gebrochen haben und sich durch keine kollektive Ordnung binden lassen – genauso wenig wie andere Großmächte und auch Russland und die Sowjetunion. Es ist den Deutschen verständlicherweise zu gefährlich, sich der Missbilligung oder gar dem Zorn der USA auszusetzen. Aber in Beziehung zur Ukraine und zu Russland geriert sich Deutschland im Verein mit Frankreich und mit der Drohkulisse der USA im Hintergrund als Übervater, der sagt, wo's lang geht. Und wer sich nicht fügt, der muss bestraft werden.

Die Ukrainer in den verschiedenen Machtbereichen müssen ihren Konflikt nun auch selber auslöffeln, den sie sich eingebrockt haben. Jetzt haben sie zwei Nachbarn, die ihnen mit Nachteilen drohen und sie bekommen das zu spüren. Der sicherlich auch korrupte Ex-Präsident Viktor Janukowitsch hatte das in letzter Sekunde noch vermeiden wollen.

Ich habe als Bürger Europas und Deutschlands auch außenpolitische Interessen. Ich betrachte Außenpolitik nicht als moralische Aufrüstung und nicht als eine Aufgabe bewaffnete Heilsarmee zu spielen: Zu aller erst habe ich Interesse am Frieden. Und dann u.a. auch an der Stabilität in Russland. Denn wenn die russische Föderation weiter zerfällt und sich in Territorien von Warlords auflöst, wer herrscht dann über die Atomwaffen?

Nein, lassen wir es endlich sein, uns überall einzumischen. Und machen wir die Bundeswehr wieder zu einer Verteidigungsstreikraft und nicht eine für die weltweite Intervention. Begrenzen wir die NATO wieder auf das Territorium der Mitgliedsländer. Sie darf auch kein Land mehr zusätzlich aufnehmen – erst recht keines, das territoriale Konflikte mit anderen Staaten hat.

Deutschland repräsentiert nicht den Weltgeist, ist nicht der Rächer der Enterbten und „die gute Macht“ schlechthin. Wir sind nicht „die Guten“ oder gar der Erzengel und wir haben nicht „unsere Werte“ mit Feuer und Schwert in der Welt zu verbreiten. Unsere Werte sind etwas für den Hausgebrauch, und es ist aller Mühen wert, sie in unserer Gesellschaft zu verwirklichen. Wohlfahrt beginnt zu Hause – und wenn wir durch gute Regierung und Wirtschaft so attraktiv und vorbildlich für andere werden, dass viele zu uns kommen wollen, auch weil wir dann keine Arbeitslosen und Ausgebeuteten mehr haben und Einwanderer freundlich integrieren, dann tragen wir genügend zum Wohlergehen der Menschheit bei. Solche einen positiven Beitrag können wir in Deutschland und Europa umso weniger leisten, je mehr wir im Gleichschritt mit anderen aufmarschieren, mit Sanktionen hantieren und (auf)rüsten, um mit Weltmacht zu spielen.

Wir sollen uns auch nicht in der Ukraine einmischen und in ihrem Konflikt mit Russland Partei spielen. Ich will dabei auch nicht, dass unsere Regierung die Begründung für eine Verschärfung des Konfliktes liefert nach dem Motto: Wir haben es ja im Guten versucht, jetzt werden aber andere Seiten aufgezogen. Vielleicht dann nicht einmal von Deutschland direkt, sondern von den Falken. Aber bei den Sanktionen geht es ja nicht ohne Deutschland.

Aber dieses Minsker Friedenstheater hat wahrscheinlich eine Bedeutung im größeren, weltweiten Rahmen: Es soll anscheinend zu einem Wendepunkt gemacht werden. Wenn der Waffenstillstand, wie erwartet, nicht eingehalten wird, soll von da an Russland mit allen Mitteln, letztlich auch kriegerischen – in Form eines Stellvertreterkrieges –, als Großmacht von der Weltkarte getilgt werden. Dafür würden dann die Ukrainer benutzt – die Armen, wenn die sich da hinein treiben lassen. Man liest allerdings, dass sich schon jetzt viele der Rekrutierung entziehen.

Und möglicherweise bekommt diese „Brinkmanship“, diese Politik der Verschärfung bis an den Rand eines Krieges, eine Dynamik, die auch der Westen nicht mehr beherrschen kann, weil irgendwann Entwicklungen in Russland und daraus folgend militärische Logik katastrophale Konsequenzen provoziert.